

VERTALING

N. 2002 — 2690

[2002/33037]

18 FEBRUARI 2002. — Decreet houdende instemming met het Europees Handvest van de lokale autonomie, opgemaakt te Straatsburg op 15 oktober 1985 (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Enig artikel. Het Europees Handvest van de lokale autonomie, opgemaakt te Straatsburg op 15 oktober 1985 heeft volkomen uitwerking.Wij kondigen dit decreet af en bevelen, dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, op 18 februari 2002.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Nota

(1) *Zitting 2001-2002.**Bescheiden van de Raad.* — 79 (2001-2002) Nr. 1. Ontwerp van decreet 79 (2001-2002) Nr. 2. — Verslag.*Integraal verslag.* — Bespreking en aanneming. Vergadering van 18 februari 2002.

D. 2002 — 2691

[C - 2002/33034]

18. FEBRUAR 2002 — Dekret zur Zustimmung zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft, der Flämischen Region über die Förderung der allgemeinen Zusammenarbeit (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionierenes :

Einziges Artikel - Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft, der Flämischen Region über die Förderung der allgemeinen Zusammenarbeit, unterzeichnet in Eupen am 14. Februar 2001, ist uneingeschränkt wirksam.Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Eupen, den 18. Februar 2002Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZDer Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,
G. GENTGESDer Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

Note

(1) *Sitzungsperiode 2001-2002.**Dokumente des Rates:* Dekretentwurf: 73 (2000-2001) Nr. 1 — Bericht: 73 (2001-2002) Nr. 2.*Ausführlicher Bericht:* Diskussion und Abstimmung — Sitzung vom 18. Februar 2002.**Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft/der Flämischen Region über die Förderung der allgemeinen Zusammenarbeit**

Auf Grund des Kapitels IV der Verfassung;

Auf Grund des Sondergesetzes der institutionellen Reformen vom 8. August 1980, so wie es abgeändert wurde;

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, so wie es abgeändert wurde;

In Erwägung, dass die seitdem in Belgien durchgeführten institutionellen Reformen und die Befugnisse, deren Ausübung der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Wallonischen Region übertragen wurden, eine Anpassung des am 2. Mai 1985 in Alden Biezen unterzeichneten Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft erforderlich machen, das vom Flämischen Parlament am 28. Juni 1985 und vom Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 26. Juni 1985 als Dekret gebilligt wurde;

In Erwägung, dass die Zusammenarbeit auf neue Bereiche, so wie sie in vorliegendem Zusammenarbeitsabkommen erwähnt werden, ausgedehnt werden soll, insofern diese Bereiche zu den Befugnissen der Parteien gehören, um auf diese Weise dazu beizutragen, engere Bande zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft zu schaffen;

Ausgehend von der Tatsache, dass beide Parteien an den bestehenden Freundschaftsbanden sowie an gemeinsamen Werten wie Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität festhalten;

In der Überzeugung, dass die erneuerte Zusammenarbeit zu besserem gegenseitigen Verständnis und engerer Freundschaft beitragen wird;

Im Bestreben, die bestehende Zusammenarbeit zu bekräftigen;

Die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch ihre Regierung in der Person ihres Ministerpräsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Die Flämische Gemeinschaft und die Flämische Region, vertreten durch die Flämische Regierung in der Person ihres Ministerpräsidenten und Flämischer Minister für Finanzen, Haushalt, Auslandspolitik und Europäische Angelegenheiten;

Haben folgendes vereinbart:

Artikel 1 - Allgemeines

Die Parteien möchten in den Bereichen zusammenarbeiten, in denen sie gleichermaßen zuständig sind.

Sie möchten verstärkt in den Bereichen Unterricht, wissenschaftliche Forschung, Kultur, Jugendarbeit, Gesundheit und Soziales, Tourismus, Sport, Berufsausbildung und Beschäftigung, Denkmal- und Landschaftspflege, Archäologie und Medienpolitik zusammenarbeiten.

Die in Absatz 2 erwähnten Bereiche der Zusammenarbeit können um andere Befugnisse erweitert werden, insbesondere mit den Kompetenzen, deren Ausübung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits von der Wallonischen Region übertragen wurde oder noch übertragen wird.

Darüber hinaus unterstützen die Parteien die Zusammenarbeit zwischen Vereinigungen, Einrichtungen und Unternehmen, die in o.e. Bereichen tätig sind.

Die Parteien unterstützen den Austausch von Erfahrungen in Sachen technisches, technologisches und administratives Know-how zwischen ihren jeweiligen Verwaltungen.

Art. 2 - Unterricht

Beide Parteien fördern die Zusammenarbeit und den Austausch im Bereich Unterricht und regen direkte Zusammenarbeit und Kontakte zwischen ihren Unterrichtseinrichtungen an.

Beide Parteien regen sowohl den Austausch von Informationen, Unterrichtserfahrung, Erkenntnissen von Fachleuten, Forschungsergebnissen, Dokumentation und Veröffentlichungen als auch den Austausch von Lehrkräften, Studenten und Schülern an.

Beide Parteien unterstützen sich gegenseitig in verwaltungstechnischen Angelegenheiten.

Art. 3 - Kultur

Beide Parteien arbeiten auf kulturellem Gebiet zusammen und regen in diesem Bereich Zusammenarbeit und Austausch an.

Sie unterstützen die Aktivitäten, die dazu beitragen, die Sprache und Kultur des andern besser kennen zu lernen, zu verstehen und zu schätzen. Dazu ergreifen sie gemeinsame Initiativen, die zur Förderung des Dialogs zwischen den kulturellen Akteuren beitragen. Die Zusammenarbeit erfolgt insbesondere auf Ebene der Künste, Museen, Architektur, Erwachsenenbildung, öffentliches Bibliothekswesen, Kulturzentren, Amateurlinien, Jugendarbeit, kulturelles Erbgut und Medien.

Art. 4 - Tourismus

Beide Parteien fördern und unterstützen die Zusammenarbeit im Bereich Tourismus.

Dazu regen sie den Austausch von Fachleuten an und tauschen Erfahrungen und Informationen über die Tourismuspolitik aus. Außerdem regen sie die Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Touristikeinrichtungen an. Die Parteien werden prüfen, ob gemeinsame Aktivitäten in Drittländern oder Drittregionen möglich sind.

Art. 5 - Sport

Beide Parteien fördern und unterstützen die Zusammenarbeit im Bereich Sport. Sie regen sowohl die Ausbildung von Sportlern und Trainern, die Teilnahme an Sportlagern und Sportveranstaltungen als auch die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen an.

Art. 6 - Beschäftigung

Beide Parteien arbeiten in den Bereichen Arbeit und Beschäftigung zusammen, insbesondere auf dem Gebiet der Berufsausbildung und -weiterbildung, der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Zusammenarbeit erfolgt sowohl auf Ebene der in beiden Ministerien betroffenen Verwaltungen als auf Ebene der öffentlichen Einrichtungen.

Art. 7 - Gesundheit und Soziales

Beide Parteien arbeiten in den Bereichen Gesundheit und Soziales zusammen. Es kann vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik, Sozialarbeit, Armutsbekämpfung, Integration von Ausländern, Familienpolitik, Heimpflege, Altenpflege und Jugendhilfe zusammengearbeitet werden. Die Zusammenarbeit kann auch im Bereich Organisation der Gesundheitsfürsorge, Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten erfolgen.

Art. 8 - Internationale Zusammenarbeit

In den Bereichen, auf das sich das Zusammenarbeitsabkommen bezieht, streben die Parteien eine Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen an. Zu diesem Zweck werden sie sich gegenseitig über ihre Standpunkte informieren und im allgemeinen Rücksprache miteinander nehmen.

Art. 9 - Zusammenarbeit auf administrativer Ebene

Die allgemeinen Verwaltungen beider Parteien können gegenseitig auf die Kenntnisse und technischen Erfahrungen ihrer Personalmitglieder zurückgreifen.

Die Parteien wünschen eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologie. Die Parteien werden Informationen über Analysen, Systeme oder Software austauschen, die in den jeweiligen Verwaltungen entwickelt wurden oder bereits Anwendung finden.

Jede Partei wird versuchen, auf Anfrage und unter Wahrung möglicher Rechte von Drittpersonen die Benutzung von Software durch die andere Partei zu ermöglichen und Hilfestellung bei deren Ausführung, Installation und Anwendung zu gewährleisten.

Art. 10 - Organisation der Koordination und Aufsicht

Im Hinblick auf die Ausführung dieses Zusammenarbeitsabkommens setzen beide Parteien eine gemischte Kommission Deutschsprachige Gemeinschaft – Flandern ein, die nachstehend als gemischte Kommission bezeichnet wird.

Die gemischte Kommission tritt mindestens einmal alle zwei Jahre zusammen, abwechselnd in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in Flandern. Zwischenzeitlich wird die Ausführung des Abkommens von Verbindungsbeamten gewährleistet, die von den Parteien benannt werden.

Es ist Aufgabe der gemischten Kommission,

1. die Programme und Projekte, die in naher Zukunft anstehen, vorzubereiten und zu billigen;
2. die Aufsicht über die Finanzierung der sich aus diesem Abkommen ergebenden Programme und Projekte durch beide Parteien zu gewährleisten;
3. die Entwicklung der Zusammenarbeit zu verfolgen und eine Bewertung der Ergebnisse vorzunehmen;
4. in regelmäßigen Abständen die Prioritäten festzulegen oder neu zu definieren;
5. alle Probleme in Zusammenhang mit der Ausführung, Arbeitsweise und Interpretation dieses Zusammenarbeitsabkommens zu untersuchen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Die gemischte Kommission wird jedes Mal einen Bericht über die Zusammenarbeit der abgelaufenen zwei Jahre und ein Arbeitsprogramm für die kommenden zwei Jahre verabschieden. Der Bericht über die Zusammenarbeit und das Arbeitsprogramm werden den Regierungen der Parteien zur Billigung unterbreitet werden. Alle zwei Jahre erstattet die Regierung jeder Partei ihrer jeweiligen dekretgebenden Versammlung Bericht über die Zusammenarbeit.

Die gemischte Kommission kann innerhalb der verschiedenen Verwaltungen Kontaktpersonen bezeichnen und Arbeitsgruppen beauftragen, zwischenzeitliche Versammlungen einzuberufen, um die Ausführung der Arbeitsprogramme zu unterstützen.

Die Vorsitzenden der beiden in der gemischten Kommission vertretenen Delegationen können zwischenzeitlich Versammlungen abhalten, um die Ausführung des Arbeitsprogramms zu besprechen.

Art. 11 - Schlussbestimmungen

Dieses Zusammenarbeitsabkommen ersetzt das o.e. am 22. Mai 1985 unterzeichnete Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft.

Das Zusammenarbeitsabkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem beide Parteien sich gegenseitig schriftlich mitgeteilt haben, dass ihre jeweilige dekretgebende Versammlung das Abkommen gebilligt hat.

Dieses Zusammenarbeitsabkommen wird für die Dauer von fünf (5) Jahren geschlossen.

Danach wird es automatisch für aufeinanderfolgende Zeitspannen von jeweils zwei (2) Jahren verlängert.

Jede Partei kann das Zusammenarbeitsabkommen unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist auflösen, indem es der andern Partei eine schriftliche Mitteilung zukommen lässt.

Bei Beendigung ergreifen die Parteien die Maßnahmen, die zur Vollendung aller auf Grund des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens in Angriff genommenen Projekte erforderlich sind.

Aufgestellt zu Eupen am 14. Februar 2001 in doppelter Originalausfertigung, jeweils in deutscher und in niederländischer Sprache, wobei jede Fassung gleichermaßen Gültigkeit hat.

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft
und Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Für die Flämische Gemeinschaft und die Flämische Region:

Der Ministerpräsident der Flämischen Gemeinschaft Flämischer
und Minister für Finanzen, Auslands politik und Europäische Angelegenheiten,
P. DEWAELE

TRADUCTION

F. 2002 — 2691

[C — 2002/33034]

18 FEVRIER 2002. — Décret portant assentiment à l'Accord de coopération entre la Communauté germanophone et la Communauté flamande/la Région flamande visant à favoriser la coopération générale (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article unique. L'Accord de coopération entre la Communauté germanophone et la Communauté flamande/la Région flamande visant à favoriser la coopération générale, signé à Eupen le 14 février 2001, sortit son plein et entier effet.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 18 février 2002.

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Note

(1) *Session 2001-2002*

Documents du Conseil : Projet de décret : 73 (2000-2001), n° 1. — Rapport : 73 (2001-2002), n° 2.

Rapport intégral : discussion et vote – séance du 18 février 2002.

**Accord de coopération entre la Communauté germanophone
et la Communauté flamande/la Région flamande visant à favoriser la coopération générale**

Vu le chapitre IV de la Constitution;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, telle que modifiée;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, telle que modifiée;

Considérant que les réformes institutionnelles menées depuis en Belgique et que les compétences dont l'exercice a été transféré à la Communauté germanophone par la Région wallonne rendent nécessaire l'adaptation de l'Accord de coopération entre la Communauté germanophone et la Communauté flamande signé à Alden Biezen le 2 mai 1985 et approuvé par décret du Parlement flamand le 28 juin 1985 et par décret du Conseil de la Communauté germanophone le 26 juin 1985;

Considérant que la coopération doit être étendue à de nouveaux domaines tels qu'énumérés dans le présent Accord de coopération, dans la mesure où ces domaines relèvent de la compétence des parties contractantes, afin de contribuer à tisser des liens plus étroits entre la Communauté germanophone et la Communauté flamande;

Vu le fait que les deux parties tiennent aux liens d'amitié existants et à des valeurs communes telles que la liberté, la démocratie, la justice et la solidarité;

Convaincues que la coopération renouvelée contribuera à une meilleure compréhension mutuelle et à une plus grande amitié;

Dans le souci de renforcer la coopération actuelle;

La Communauté germanophone, représentée par son Gouvernement en la personne de son Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

La Communauté flamande et la Région flamande, représentées par le Gouvernement flamand en la personne de son Ministre-Président, Ministre flamand des Finances, du Budget, de la Politique extérieure et des Affaires européennes;

Ont convenu ce qui suit :

Article 1^{er}. Généralités

Les parties souhaitent coopérer dans les domaines pour lesquels elles sont compétentes dans la même mesure.

Elle souhaite coopérer de manière plus étroite dans les domaines suivants : l'enseignement, la recherche scientifique, la culture, le travail des jeunes, la santé et les affaires sociales, le tourisme, le sport, la formation professionnelle et l'emploi, la protection des monuments et sites, l'archéologie et la politique des médias.

Les domaines énumérés au deuxième alinéa peuvent être élargis à d'autres compétences, notamment à celles dont l'exercice a déjà ou sera transféré par la Région wallonne.

De plus, les parties soutiennent la coopération entre les associations, établissements et entreprises actifs dans les domaines susvisés.

Les parties soutiennent l'échange, entre leurs administrations respectives, d'expériences dans le domaine du savoir-faire technique, technologique et administratif.

Art. 2. Enseignement

Les deux parties promeuvent la coopération et l'échange dans le domaine de l'enseignement et encouragent la coopération et les contacts directs entre leurs services de l'enseignement et institutions.

Les deux parties encouragent tant l'échange d'informations, d'expérience pédagogique, de connaissances des experts, de résultats de recherche, de documentation et de publications que l'échange d'enseignants, d'étudiants et d'élèves.

Art. 3. Culture

Les deux parties coopèrent dans le domaine culturel et encouragent la coopération et l'échange dans ce domaine.

Elles soutiennent les activités qui contribuent à mieux apprendre, à mieux comprendre et à mieux apprécier la langue et la culture de l'autre. À cette fin, elles prennent des initiatives communes contribuant à promouvoir le dialogue entre les acteurs culturels. La coopération se situe surtout au niveau des arts, des musées, de l'architecture, de la formation des adultes, des bibliothèques publiques, des centres culturels, des arts amateurs, du travail des jeunes, du patrimoine culturel et des médias.

Art. 4. Tourisme

Les deux parties promeuvent et soutiennent la coopération dans le domaine du tourisme.

A cette fin, elle encourage l'échange de spécialistes et échangent des expériences et des informations relatives à la politique touristique. De plus, elles encouragent la coopération entre les organismes touristiques privés et publics. Les parties vérifient si des activités conjointes sont possibles dans des régions ou pays tiers.

Art. 5. Sport

Les deux parties promeuvent et soutiennent la coopération dans le domaine du sport. Elles encouragent tant la formation de sportifs et d'entraîneurs, la participation à des camps sportifs et à des manifestations sportives que la coopération entre associations sportives.

Art. 6. Emploi

Les deux parties coopèrent dans les domaines du travail et de l'emploi, notamment en matière de formation professionnelle et formation professionnelle continue, de placement des chômeurs et de mesures en faveur de l'emploi. La coopération se situe tant au niveau des administrations concernées des deux ministères qu'au niveau des organismes publics.

Art. 7. Santé et affaires sociales

Les deux parties coopèrent dans les domaines de la santé et des affaires sociales. La coopération peut surtout intervenir en matière de politique sociale, de travail social, de lutte contre la misère, de l'intégration des étrangers, de la politique familiale, des soins à domicile, des soins aux personnes âgées et de l'aide à la jeunesse. La coopération peut aussi se situer au niveau de l'organisation de la prévoyance sanitaire, de la promotion de la santé et de la prophylaxie.

Art. 8. Coopération internationale

Dans les domaines concernés par l'Accord de coopération, les parties visent à atteindre une coopération dans le cadre des organisations internationales. A cette fin, elles s'informeront mutuellement de leurs points de vue et, de manière générale, prendront contact l'une avec l'autre.

Art. 9. Coopération administrative

Les administrations générales des deux parties peuvent faire mutuellement appel aux connaissances et expériences techniques de leurs membres du personnel.

Les parties souhaitent une coopération étroite dans le domaine des technologies de l'information. Les parties échangeront des informations sur des analyses, des systèmes et des programmes élaborés dans leurs administrations respectives et déjà appliqués.

Chaque partie essaiera, sur demande et moyennant respect des droits éventuels de tierces personnes, de permettre l'utilisation de programmes par l'autre partie et de lui assurer de l'aide dans l'exécution, l'installation et l'application.

Art. 10. Organisation de la coordination et du contrôle

En vue de l'exécution de cet accord de coopération, les deux parties créent une commission mixte Communauté germanophone - Flandre, ci-après dénommée commission mixte.

Cette commission mixte se réunira au moins une fois tous les deux ans, alternativement en Communauté germanophone et en Flandre. Entre-temps l'exécution de l'accord est assurée par les agents de liaison nommés par les parties.

La commission mixte a pour mission :

- 1° de préparer et d'approuver les programmes et projets à réaliser dans un avenir proche;
- 2° d'assurer le contrôle, par les deux parties, du financement des programmes et projets découlant de cet accord;
- 3° de suivre le développement de la coopération et d'évaluer les résultats;
- 4° de fixer ou redéfinir périodiquement les priorités;
- 5° d'examiner tous les problèmes liés à l'exécution, à la méthode de travail et à l'interprétation de cet accord de coopération et de proposer des solutions.

La commission mixte adoptera chaque fois un rapport relatif à la coopération des deux années écoulées et un programme de travail pour les deux années à venir. Le rapport sur la coopération et le programme de travail seront soumis pour approbation aux Gouvernements des parties. Tous les deux ans, le Gouvernement de chaque partie rendra compte de la coopération devant son assemblée décrétales.

La commission mixte peut désigner des personnes de contact au sein des différentes administrations et charger des groupes de travail de convoquer des réunions intermédiaires afin de discuter de l'exécution du programme de travail.

Art. 11. Dispositions finales

Cet accord de coopération remplace l'accord de coopération entre la Communauté germanophone et la Communauté flamande signé, le 22 mai 1985.

L'accord de coopération entre en vigueur le jour où les deux parties se seront communiqué par écrit que leurs assemblées décrétales respectives ont approuvé l'accord.

Cet accord de coopération est conclu pour une durée de cinq (5) ans. Ensuite, il sera reconduit automatiquement pour des périodes successives de deux (2) ans. Chaque partie peut résilier l'accord de coopération moyennant un préavis de six mois adressé à l'autre partie par écrit.

A l'expiration de l'accord, les parties prennent les mesures nécessaires à l'achèvement de tous les projets entamés sur la base du présent accord de coopération.

Etabli à Eupen, le 14 février 2001, en deux exemplaires originaux libellés l'un en allemand l'autre en néerlandais, chaque version ayant même valeur.

Pour la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Pour la Communauté flamande et la Région flamande :

Le Ministre-Président de la Communauté flamande,
Ministre flamand des Finances, de la Politique extérieure et des Affaires européennes,
P. DEWAELE

VERTALING

N. 2002 — 2691

[C — 2002/33034]

18 FEBRUARI 2002. — Decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de Duitstalige Gemeenschap en de Vlaamse Gemeenschap/het Vlaamse Gewest betreffende de bevordering van de algemene samenwerking (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Enig artikel. Het Samenwerkingsakkoord tussen de Duitstalige Gemeenschap en de Vlaamse Gemeenschap/het Vlaamse Gewest betreffende de bevordering van de algemene samenwerking, ondertekend in Eupen, op 14 februari 2001, zal volkomen uitwerking hebben.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 18 februari 2002.

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap/het Vlaams Gewest en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de bevordering van de algemene samenwerking

Gelet op hoofdstuk IV van de Grondwet;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, zoals gewijzigd;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, zoals gewijzigd;

Overwegende dat de institutionele hervormingen die sindsdien in België werden doorgevoerd en dat de bevoegdheden, waarvan de uitvoering door het Waalse Gewest werd toegekend aan de Duitstalige Gemeenschap, een aanpassing noodzakelijk maken van het Samenwerkingsakkoord van 22 mei 1985 tussen de Duitstalige Gemeenschap en de Vlaamse Gemeenschap dat getekend werd in Alden Biezen en als decreet goedgekeurd door het Vlaams parlement op 28 juni 1985 en door de Raad van de Duitstalige Gemeenschap op 26 juni 1985.

In hun verlangen de bestaande samenwerking te bevestigen;

Overwegende de samenwerking uit te breiden tot nieuwe gebieden zoals die in dit Samenwerkingsakkoord worden bepaald en voor zover die tot de bevoegdheid van de partijen behoren, om zo bij te dragen tot het scheppen van nauwere banden tussen Vlaanderen en de Duitstalige Gemeenschap;

Steunend op hun gehechtheid aan hun vriendschapsbanden en aan gemeenschappelijke waarden van vrijheid, democratie, rechtvaardigheid en solidariteit;

Ervan overtuigd dat deze vernieuwde samenwerking zal bijdragen tot meer wederzijds begrip en vriendschap;

De Vlaamse Gemeenschap en het Vlaams Gewest, vertegenwoordigd door de Vlaamse regering, in de persoon van haar minister-president en Vlaams minister van Financiën, Begroting, Buitenlands Beleid en Europese Aangelegenheden;

De Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door haar regering, in de persoon van haar minister-president en minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Kwamen overeen wat volgt :

Artikel 1. Algemene bepaling

De partijen wensen samen te werken op de terreinen waarvoor ze in gelijke mate bevoegd zijn.

De partijen intensifiëren vooral hun samenwerking op het gebied van onderwijs, wetenschappelijk onderzoek, cultuur, jeugdwerk, gezondheidszorg en welzijnsbeleid, toerisme, sport, beroepsopleiding en werkgelegenheid, monumenten- en landschapszorg, archeologie en mediabeleid.

De samenwerkingsterreinen, vermeld in het tweede lid, kunnen worden aangevuld met andere bevoegdheden, inzonderheid die waarvan de uitvoering door het Waalse Gewest is toegekend of zal worden toegekend aan de Duitstalige Gemeenschap.

Daarenboven bevorderen de partijen de samenwerking tussen de verenigingen, instellingen en ondernemingen die werkzaam zijn in de bovengenoemde domeinen.

De partijen steunen de uitwisseling van ervaringen inzake technische, technologische en administratieve knowhow tussen hun respectieve administraties.

Art. 2. Onderwijs

Beide partijen bevorderen de samenwerking en uitwisseling op het gebied van het onderwijs en moedigen rechtstreekse samenwerking en contacten aan tussen hun onderwijsinstellingen.

Beide partijen moedigen uitwisseling van informatie, onderwijservaring, bevindingen van deskundigen en onderzoek, documentatie en publicaties aan uit het onderwijsveld en de uitwisseling van onderwijzend personeel, leerlingen en studenten.

Beide partijen steunen elkaar in bestuursaangelegenheden.

Art. 3. Cultuur

Beide partijen werken samen en moedigen samenwerking en uitwisselingen aan op cultureel gebied.

Zij steunen acties die bijdragen tot een betere wederzijdse kennis, begrip en waardering van ieders taal en cultuur. Zij nemen hiervoor gemeenschappelijke initiatieven die de dialoog tussen de culturele actoren onderling bevorderen. De samenwerking bevindt zich vooral op het vlak van de kunsten, musea, architectuur, non-formele volwassenenvorming, openbaar bibliotheekwerk, culturele centra, amateurkunsten, het jeugdwerk, het cultureel erfgoed en de media.

Art. 4. Toerisme

Beide partijen steunen en bevorderen de samenwerking op het gebied van het toerisme.

Hiertoe moedigen zij de uitwisseling aan van specialisten en wisselen zij ervaringen en informatie uit over het toerismebeleid. Bovendien moedigen zij de samenwerking aan tussen gespecialiseerde private en openbare instellingen op dit gebied. De partijen zullen onderzoeken of gezamenlijke acties in derde landen of regio's mogelijk zijn.

Art. 5. Sport

Beide partijen steunen en bevorderen de samenwerking op het gebied van sport. Ze moedigen de opleiding van sportlui en trainers, de deelname aan sportkampen en -evenementen en de samenwerking tussen sportorganisaties aan.

Art. 6. Tewerkstellingsbeleid

Beide partijen werken samen op het gebied van de werkgelegenheid, meer bepaald met betrekking tot de beroepsopleiding en de vorming, de arbeidsbemiddeling en de programma's voor wedertewerking. De samenwerking gebeurt zowel via de bevoegde administraties binnen de beide ministeries als via openbare instellingen.

Art. 7. Gezondheidszorg en welzijn

Beide partijen werken samen op het gebied van welzijn en gezondheid. In het bijzonder kunnen er samenwerkingsverbanden worden aangegaan op het gebied van welzijnsonderzoek, maatschappelijk werk, armoedebestrijding, integratie van migranten, gezinszorg, thuiszorg, bejaardenzorg en bijzondere jeugdbijstand. Zij kunnen ook samenwerken op het gebied van organisatie van de gezondheidszorg, gezondheidspromotie en ziektepreventie.

Art. 8. Internationale samenwerking

Met betrekking tot de domeinen waarvoor dit samenwerkingsakkoord geldt, streven de partijen naar samenwerking in het kader van de internationale organisaties. Daartoe zullen de partijen elkaar informeren over hun respectieve standpunten en - meer algemeen - overleg plegen.

Art. 9. Administratieve samenwerking

De partijen kunnen onderling een beroep doen op de kennis en technische ervaring van hun personeel.

De partijen wensen in het bijzonder nauw samen te werken op het gebied van de informatietechnologie. De partijen zullen informatie uitwisselen over analyses, systemen en software die in de respectieve administraties ontwikkeld werden of reeds in gebruik zijn.

Elke partij zal proberen, op verzoek en met inachtneming van mogelijke rechten van derden, het gebruik van software door de andere partij mogelijk te maken alsook hulp te bieden bij de uitvoering, de installatie en de toepassing ervan.

Art. 10. Organisatie coördinatie en toezicht

Met het oog op de uitvoering van dit samenwerkingsakkoord richten beide partijen een gemengde commissie Vlaanderen-Duitstalige Gemeenschap op, hierna genoemd de gemengde commissie.

De gemengde commissie vergadert minstens éénmaal om de twee jaar, afwisselend in Vlaanderen en de Duitstalige Gemeenschap. Tussendoor wordt de uitvoering verzekerd door verbindingssambtenaren, die door de partijen aangewezen worden.

De taken van de gemengde commissie zijn :

1. de programma's en projecten die voor de nabije toekomst zijn gepland, voorbereiden en goedkeuren;
2. toezien op de financiering door beide partijen van de programma's en projecten die uit dit samenwerkingsakkoord voortvloeien;
3. nagaan hoever de samenwerking is gevorderd en de resultaten ervan beoordelen;
4. op geregelde tijdstippen de prioriteiten bepalen of aanpassen;
5. alle problemen in verband met de uitvoering, werking en interpretatie van dit samenwerkingsakkoord onderzoeken en voorstellen formuleren voor oplossingen.

De gemengde commissie zal telkens een verslag aannemen over de samenwerking van de afgelopen twee jaar alsook een werkprogramma goedkeuren voor de volgende twee jaar. Het verslag en het werkprogramma zullen ter goedkeuring aan de regeringen van de partijen worden voorgelegd. Om de twee jaar brengt de regering van elke partij verslag uit over de samenwerking aan haar respectieve decreetgevende vergadering.

De gemengde commissie kan binnen de verschillende administraties contactpersonen aanwijzen en de opdracht geven aan werkgroepen om tussentijdse vergaderingen te beleggen om de uitvoering van de werkprogramma's te ondersteunen.

De hoofden van beide delegaties in de gemengde commissie kunnen tussentijdse vergaderingen houden om de uitvoering van de werkprogramma's te bespreken.

Art. 11. Slotbepalingen

Dit samenwerkingsakkoord vervangt het bovenvermelde samenwerkingsakkoord ondertekend op 22 mei 1985 tussen de Vlaamse en de Duitstalige Gemeenschap.

Het samenwerkingsakkoord treedt in werking op de datum waarop beide partijen elkaar schriftelijk hebben meegedeeld dat hun respectieve decreetgevende vergaderingen het akkoord hebben goedgekeurd.

Dit samenwerkingsakkoord wordt gesloten voor een periode van vijf (5) jaar.

Daarna wordt het automatisch verlengd voor opeenvolgende periodes van telkens twee (2) jaar. Elke partij kan het samenwerkingsakkoord opzeggen door middel van een schriftelijke mededeling aan de andere partij, met een opzegperiode van zes (6) maanden.

Bij beëindiging nemen de partijen de nodige maatregelen om de voltooiing te garanderen van alle gezamenlijke projecten die op basis van dit samenwerkingsakkoord werden opgezet.

Opgesteld in Eupen, op 14 februari 2001, in twee originele exemplaren, elk in het Nederlands, en het Duits, waarbij de twee versies gelijkelijk rechtsgeldig zijn.

Voor de Vlaamse Gemeenschap en het Vlaamse Gewest :

De Minister-President van de Vlaamse regering
en de Vlaamse minister van Financiën, Buitenlands Beleid en Europese Aangelegenheden,
P. DEWAEL

Voor de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
en de Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ



N. 2002 — 2692

[2002/33055]

15. APRIL 2002 — Dekret zur Zustimmung zu dem am 22. September 1998 in Brüssel unterzeichneten Zusatzprotokoll zum Benelux-Übereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften mit gemeinsamer Begründung, unterzeichnet in Brüssel am 12. September 1986 (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen unterzeichnete Zusatzprotokoll und wir, Regierung, sanktionieren es :

Einzigster Artikel - Das am 22. September 1998 in Brüssel uneingeschränkt zum Benelux-Übereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften mit gemeinsamer Begründung, unterzeichnet in Brüssel am 12. September 1986 ist wirksam.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 15. April 2002

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus

H. NIESEN

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

Nota

(1) *Sitzungsperiode 2001-2002.*

Dokumente des Rates: 82 (2001-2002) Nr. 1. Dekretentwurf.

82 (2001-2002) Nr. 2. Bericht.

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 15. April 2002.

TRADUCTION

F. 2002 — 2692

[2002/33055]

15 AVRIL 2002. — Décret portant assentiment au protocole, fait à Bruxelles le 22 septembre 1998, complétant la Convention Benelux concernant la coopération transfrontalière entre collectivités ou autorités territoriales avec exposé des motifs commun signée à Bruxelles le 12 septembre 1986 (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article unique. Le protocole, fait à Bruxelles le 22 septembre 1998, complétant la Convention Benelux concernant la coopération transfrontalière entre collectivités ou autorités territoriales avec exposé des motifs commun signée à Bruxelles le 12 septembre 1986, sortira son plein et entier effet.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 15 avril 2002.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments,
de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESEN

Note

(1) *Session 2001-2002.*

Documents du Conseil : 82 (2001-2002) n° 1. Projet du décret.

82 (2001-2002) n° 2. Rapport.

Compte rendu intégral : Discussion et vote. Séance du 15 avril 2002.